

„Britishness“ – oder gibt es einen Nationalismus für das 21. Jahrhundert?

Britische Gedanken zu einer möglicherweise unvermeidbaren europäischen Debatte

Im Umfeld des britischen Schatzkanzlers Gordon Brown wird seit geraumer Zeit darüber diskutiert, wie die wachsende Heterogenität der britischen Gesellschaft in einem neuen, den Realitäten des 21. Jahrhunderts gerecht werdenden nationalem Identitätsgefühl aufgefangen werden kann. Einer der wichtigsten Beteiligten dieser Debatte ist der Unterhaus-Abgeordnete Michael Wills, der im folgenden Text die Grundzüge dieser Debatte und ihre zentralen Elemente zusammenfasst.

Michael Wills

Vor fünfzig Jahren, kurz nach dem traumatischen Erlebnis eines schrecklichen Weltkriegs, hatten die meisten europäischen Politiker die Vision, dass die im Nationalstaat begründete politische Grundhaltung langsam aussterben und einer großzügigeren, wohlwollend-kooperativen Politik Platz machen würden. Doch die nationale Identität steht nach wie vor im Zentrum aller Politik, auch wenn dem Europa der Nachkriegszeit der nationalistiche Wettstreit des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts erspart blieb.

Die traditionellen Themen Patriotismus und nationale Identität mit ihrer starken Betonung hierarchisch aufgebauter Institutionen und ruhmreicher Zeiten unter dem

britischen Empire haben für die meisten Einwohner Großbritanniens seit langem an Bedeutung verloren. Trotzdem ist die nationale Identität noch immer wichtig. Sie zieht sich mit all ihren ungelösten Fragen durch alle aktuellen Probleme, vor denen Großbritannien heute steht. Von der Frage der Verfassung bis zu Großbritanniens Rolle in Europa, vom Kampf gegen den Terrorismus, den globalen Strömen von Menschen und Kapital und den dadurch entstandenen Aufschwung eines neuen rechtsgerichteten Populismus sowie der Antiglobalisierungsbewegung bis hin zu der Frage, wie und warum wir öffentliche Dienstleistungen in der gegenwärtigen Form anbieten – unsere Haltung zu all diesen Themen ist stets durch unser Gefühl beeinflusst, wohin wir

gehören und wem wir aus welchen Gründen zur Loyalität verpflichtet sind.

Von verschiedener Seite wurde angeführt, die nationale Identität habe an Bedeutung verloren, was auf die globalen Umwälzungen der letzten fünfzig Jahre zurückzuführen sei: die rasante Auflösung des Britischen Empires und in der Folge das Verschwinden jener Institutionen und Symbole, die für die Definition britischer Identität so wichtig gewesen waren, die Phänomene Globalisierung und verstärkte gegenseitige Abhängigkeit, durch die sich die ursprünglich national begrenzten Volkswirtschaften mehr und mehr nach außen wandten und global wurden, der daraus folgende Wandel der Institutionen, welcher wiederum darauf zurückzuführen ist, dass die Nationalstaaten zunehmend multilaterale Institutionen benötigen; die Zunahme des Flugverkehrs und die Ausbreitung des Fernsehens als treibende Faktoren des kulturellen Wandels; und ganz allgemein das Umsichgreifen eines neuen, globalen Bewusstseins und damit einhergehender gesellschaftlicher Veränderungen mit einer neuen Identitätspolitik, die sich aus individuellen Merkmalen wie Geschlechtszugehörigkeit und Sexualität herleitet und das Bewusstsein nach innen, zum Individuum hin, richtet anstatt nach außen auf die Nation.

Trotz dessen hat der Begriff der Nation überlebt und ist ein Orientierungspunkt der politischen Identität geblieben. In vielerlei Hinsicht ist eine klare Wahrnehmung der nationalen Identität heute wichtiger denn je. Die Bedrohung, die diese Identität durch die Zerfallswirkung rascher, weltweiter Veränderungen zu erfahren scheint, lässt sie für das Individuum sogar noch wichtiger werden, denn in Zeiten schneller und umwälzender Veränderungen suchen die Menschen Halt im Vertrauten. So ist es nicht verwunderlich, dass der furchtbare Schock des 11. September bei vielen Amerikanern eine Woge patriotischer Gefühle auslöste, denn sie suchten nach einem festen Halt in diesem unerwarteten Sturm, der über sie hereingebrochen war.

Dieses Bedürfnis nach Zugehörigkeit ist schon immer ein Motor der Geschichte gewesen. Das gilt noch mehr für Bedrohungen des Zugehörigkeitsgefühls. Im Fluss des Wandels brauchen wir alle das

Gefühl, in einen sicheren Hafen zurückkehren zu können, und der Nationalstaat ist nach wie vor unser Anker. Viele unserer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wurzeln gründen im Nationalstaat, etwa unser Erziehungs- und Rechtssystem, das öffentliche Gesundheitssystem, der öffentliche Rundfunk und unsere politischen Institutionen. Alles, was uns verbindet und an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit heimisch macht, die gemeinsame Sprache und Kultur, die gemeinsamen gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen und Normvorstellungen, all das ist im Nationalstaat begründet. Und wenn die Zeiten sich ändern, suchen wir gern Trost im Vertrauten.

Welche Werte wir als Nation hochhalten sollten, dazu wird jeder einzelne Bürger seine Meinung haben, und die Diskussion darüber wird ständig und immer neu geführt werden müssen. Hier muss sich die Linke heute mehr als bisher engagieren, denn es ist mittlerweile zu gefährlich geworden, das Thema allein der Rechten zu überlassen, wie das die Linke früher oft getan hat. Dadurch würde nämlich genau der Art von rechtsgerichtetem demagogischen Populismus Tür und Tor geöffnet, die bereits die Politik anderer europäischer Staaten veranstaltet hat und die in jüngster Zeit auch in Großbritannien aufgetaucht ist. Dieses Engagement kann allerdings nicht nur darin bestehen, sich einen bestimmten patriotischen Wortschatz zuzulegen. Die Linke muss sich vielmehr eine eigene Sprach- und Diskurskultur schaffen, die ihre Werte und Vorstellungen widerspiegelt und die sie den Briten als ihre Vision nationaler Identität präsentieren kann. Nach einer langen Zeit der Unsicherheit hinsichtlich der Rolle Großbritanniens in der Welt, die von tief greifenden Veränderungen bestimmt war, ist dafür nun der Moment gekommen.

Wer sind wir?

Identität wird durch das Zusammenspiel komplexer Phänomene geprägt; es ist daher sehr schwer, diesen Begriff genau zu definieren. In Umfragen zur öffentlichen Meinung wird Identität oft an den neusten Fernsehserien oder Popsongs festgemacht. Versuchen Intellektuelle oder Politiker jedoch, sie an weniger kurzlebige, nach-

haltigere Phänomene zu koppeln, zeigt sich, wie schwierig dieses Unterfangen ist, wie Samuel Huntington in seinem gerade erschienenen Buch über die Vereinigten Staaten feststellt.¹

Nationale Identität war stets ein umstrittenes Thema. Sie ist weder gott-gegeben noch wird sie durch Regierungen bestimmt, sondern von Menschen angenommen oder abgelehnt. Das kann auch nicht anders sein, denn ihre Wurzeln bilden ein kompliziertes Geflecht. Nationale Identität kann nicht einfach an einer bestimmten Eigenschaft oder Institution festgemacht werden. Sie entsteht und wandelt sich immer wieder im Lauf der Zeit; teils wird sie durch bewusste Entscheidungen und teils unbewusst, durch gelebte Erfahrung, geformt. Hierbei kommen die Flut geschichtlicher Ereignisse, die Vermischung von Kulturen, Sprachen, Institutionen, die Politik, sowie wirtschaftliche und soziale Übereinkünfte ins Spiel.

Trotz dieser Vielschichtigkeit hat die im 19. Jahrhundert verbreitete nationalistische Fokussierung auf Abstammung und Volkszugehörigkeit jedoch nichts mit einer spezifisch britischen Identität zu tun. Auf dieser Grundlage eine brauchbare und aussagekräftige nationale Identität zu erschaffen, ist schlicht nicht möglich – wie sollten wir auch Kelten, Römer, Sachsen, Normannen, Hugenotten, Menschen jüdischer, asiatischer und karibischer Herkunft und all die anderen Volksstämme und Nationalitäten auseinandersortieren, die im Laufe der Zeit nach Großbritannien kamen und sich hier niederließen? Und warum sollten wir das auch tun wollen? Die britische Nation ist aus einer besonders reichen Vielfalt an Erfahrungen und aus einer Reihe von Invasions- und Einwanderungswellen und Handelspartnerschaften entstanden, aus einer kraftvollen Mischung der Kulturen und Traditionen, die miteinander verschmolzen sind und dieses Land zu dem gemacht haben, was es heute ist. Der überragende Siegeszug der englischen Sprache mit all ihren üppig sprudelnden Quellen zeugt von der wunderbaren Vielfalt unseres gemeinsamen Erbes.

Viele sind der Meinung, unsere Geschichte habe uns zu dem gemacht, was wir heute sind. Greift man jedoch heute Elemente aus der Vergangenheit als typisch für die britische Identität heraus, so ist dieser Prozess unvermeidlich subjektiv und beständig eher bereits bestehende Überzeugungen, statt objektive Erkenntnisse zu liefern. Wenn etwa Margaret Thatcher dem Unternehmer des viktorianischen Zeitalters nachhängt, steht dahinter eine andere Vorstellung von nationaler Identität als bei Tony Benns Verehrung für die Reformbewegungen der Chartisten und Leveller. In den Debatten zur Asylpolitik deutet die Tatsache, dass mehrere Minister unsere stolze Tradition als Zufluchtsort für von Verfolgung und Folter Bedrohte betonen, in Richtung einer offenen und nach außen gewandten Vision des modernen Großbritanniens.

Zweifellos sind unsere nationalen Institutionen grundlegender Bestandteil unseres Wesens, wenngleich wir nicht stur darauf beharren sollten, sie unverändert zu lassen. Sie stehen für unsere nationale Identität und die Summe der Erfahrungen der Briten im Lauf der Geschichte. Diese Erfahrungen sind das Produkt aus Auseinandersetzungen, Kämpfen und ständigem Wandel, aus der stetigen Weiterentwicklung entsprechend den politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, in einem ständigen Dialog zwischen Vergangenheit und Zukunft. Als konkreter Ausdruck unserer „imaginären Gemeinschaft“ tragen sie dazu bei, unser Gefühl für nationale Identität zu formen und zu fördern. Einerseits spiegeln diese Erfahrungen unsere Werte und Bestrebungen als Nation wider und andererseits formen sie sie auch. Dabei entwickeln sie sich als Reaktion auf politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen ständig weiter und stehen in einer stetigen Wechselbeziehung zwischen Vergangenheit und Zukunft.

Diese nationalen Institutionen spiegeln zwar den Zustand der Nation wider, sie gestalten sie jedoch nicht. Sie sind keine unverrückbaren, feststehenden Ausdrucksformen nationaler Identität. Im Gegenteil: Sie haben sich im Lauf der Geschichte ständig verändert und ihren Schwerpunkt verlagert. So war die parlamentarische Demokratie Ende des neunzehnten Jahr-

¹ Samuel Huntington, *Who Are We? Die Krise der amerikanischen Identität*; Europa Verlag, Hamburg 2004

hunderts eine vollkommen andere als zu dessen Beginn.

Das Wesen unserer Identität liegt also anderswo begründet – vor allem in unseren gemeinsamen „britischen“ Werten und Eigenschaften, wie auf Toleranz beruhende Kreativität, Offenheit und Anpassungsfähigkeit, Arbeit und das Streben danach, sich selbst zu verbessern, starke Gemeinschaften und die Tendenz, nach außen, in die Welt zu blicken. All dies sind Merkmale, die von unserer einzigartigen geografischen und historischen Situation als Insel herrühren, und sie alle sind in einem tief verwurzelten Sinn für Fairness und Anstand begründet.

Roger Scruton sagte: „Wenn die Menschen die Ideale, die ihre nationale Identität geprägt haben, über Bord werfen, missachten oder verhöhnen, bilden sie kein Volk mehr, sondern nur noch eine Menschenmasse“. Solche Ideale sind der Kitt, der die von Benedict Anderson beschriebene „imaginäre Gemeinschaft“ der Nation zusammenhält.

Dieser Ansatz läuft natürlich Gefahr, als abstrakt bis hin zur praktischen Bedeutungslosigkeit bewertet zu werden. Wer ihn jedoch in dieser Form angreift, muss sich auch die Frage gefallen lassen, wo denn sonst die Wurzeln nationaler Identität liegen. Wo die ethnische Herkunft offensichtlich nicht die Antwort sein kann und territoriale Gesichtspunkte sowie Institutionen immer nur Teilaspekte der Frage abdecken können, bleiben am Ende eben die Wertvorstellungen und Eigenschaften stehen. Oft ist es auch so, dass solche Kritiker sich eigentlich nicht dagegen wenden, dass Werte als wichtig angesehen werden, sondern dass es vielmehr darum geht, welcher dieser Werte am ehesten für unsere nationale Identität steht.

Derartige Abstraktionen bergen natürlich immer die Gefahr der Ungenauigkeit in sich; allerdings sollte die Diskussion über die nationale Identität nicht um diese abstrakten Werte an sich kreisen, sondern eher darum, wie sich diese Werte und Eigenschaften in unseren Institutionen und unserem Lebensstil ausdrücken sollten und wie stark sie von unseren Entscheidungen für die Zukunft abhängen.

Wie kann man einzelne Bestandteile von Identität herausgreifen und an ihnen die einzigartige Identität jedes einzelnen Landes deutlich machen? Und welche Bestandteile könnten dies sein? Die geografische Lage? Warum haben die Britischen Inseln uns einen Charakter gegeben, der so anders ist als beispielsweise der der Japaner? Der Glaube? Hat der Katholizismus Mexikanern und Italienern tatsächlich ähnliche Identitäten verliehen? Die politischen Institutionen? Die parlamentarischen Demokratien unterscheiden sich erheblich voneinander. Es ist eben das enorm vielfältige, komplexe Zusammenspiel all dieser Aspekte, das jeder Nation diese ganz eigene Identität verleiht, die stets leicht zu erkennen, aber schwer zu beschreiben ist. Und besonders kommt es darauf an, wie dieses Zusammenspiel im Lauf der Zeit und der Geschehnisse verläuft.

Eine Nation

Im Zentrum jeder nationalen Identität muss ein Gefühl dafür stehen, das selbe Schicksal zu teilen und derselben „imaginären Gemeinschaft“ anzugehören. Und das muss wiederum die Überzeugung beinhalten, dass eine solche Gemeinschaft gleichermaßen für die Bedürfnisse aller ihrer Mitglieder zuständig ist. Ohne dieses letztere Konzept ist eine kohärente nationale Identität für Großbritannien nur schwer vorstellbar. Die Phänomene, die in früheren Jahrhunderten zum Aufbau von Nationalbewusstsein beitrugen, gibt es heute so nicht mehr. Vom Terrorismus einmal abgesehen, sind wir heute weder durch Dauerkriege, die ständige Gefahr plündernder Horden aus angrenzenden Staaten noch durch religiöse Spannungen bedroht. Um dieses Zugehörigkeitsgefühl, das der Kern jeder nationalen Identität ist, zu empfinden, müssen die Menschen sich auch gesellschaftlich und wirtschaftlich zugehörig fühlen.

Für die Linke bedeutet das, das Wirtschaftsleben so zu gestalten, dass Stabilität und Vollbeschäftigung geschaffen werden, damit alle Bürger eine erfüllende Arbeit finden können. Es bedeutet auch, in den öffentlichen Dienst, Schulen und Universitäten zu investieren, damit jeder Einzelne die Möglichkeit bekommt, sein Potential auszuschöpfen, und damit die Armut- und Un-

wissenheitsschranken abgebaut werden, die schon so viele Talente im Keim erstickt haben, damit jeder Einzelne den ganz eigenen und persönlichen Beitrag leisten kann, der ihm zu leisten gegeben ist.

Heutzutage besteht die Aufgabe des Staates darin, die Sicherheit der Nation aktiv zu gewährleisten, nicht nur in der Abwehr von Gefahren für Leib und Leben, sondern auch darin, wirtschaftliche und soziale Chancen für alle sicherzustellen. Wenn den Bürgern ihre Zugehörigkeit zu Großbritannien wirklich etwas wert sein soll, muss Großbritannien auch in der Lage sein, all seinen Bürgern ganz praktisch und jeden Tag aufs Neue seinen Wert als politische Struktur vor Augen zu führen.

Wenn eine Nation die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse eines Teils ihrer Bürger nicht erfüllt, ist es nicht verwunderlich, wenn deren kulturelles und emotionales Loyalitätsempfinden ambivalent ist und dieselbe mehrfache Loyalität, die früher für eine vielfältige und gesunde Politik gesorgt hat, nun manchmal zu Verwirrung, Entfremdung und Konflikten führt. Wir sollten uns davor hüten, eine solche Entfremdung den besonderen Eigenschaften einzelner Gemeinschaften zuzuschreiben. Viele Muslime fühlen sich zum Beispiel ganz selbstverständlich als Muslime und Briten und können keinen Konflikt zwischen diesen beiden Identifikationspunkten erkennen. Wir müssen uns nun die Frage stellen, warum das nicht auf alle Muslime im heutigen Großbritannien zutrifft. Ein wichtiger Teil der Antwort ist die soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung. 70% der Angehörigen ethnischer Minderheiten in Großbritannien leben in den am meisten heruntergekommenen Verwaltungsbezirken, und wenn man Alter, Ausbildung und Wohnort mit einbezieht, hat ein aus Indien oder Bangladesch stammender Mann nur eine halb so große Chance wie ein Weißer, eine qualifizierte Arbeit zu finden.

Es gibt gute ethische und politische Gründe, etwas gegen soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung zu tun, die nichts mit der nationalen Identität zu tun haben. Wenn jedoch diese nationale Identität überhaupt für etwas stehen und das Zugehörigkeitsgefühl, das jeder gesunden demokratischen Politik zugrunde liegt, stärken soll, muss die soziale und wirtschaftliche

Ausgrenzung angegangen werden. Und wenn zur Förderung des nationalen Zusammenhalts die Bedürfnisse aller Bürger gleichermaßen erfüllt werden sollen, setzt dies wiederum der weiteren Dezentralisierung öffentlicher Dienstleistungen Grenzen.

Die Verteilung von Hilfszuwendungen von Reich nach Arm ist immer ein heikles Thema, und man sollte sich nicht der Illusion hingeben, es sei möglich, bestimmte Mittel ohne schmerzliche Einschnitte oder Komplikationen einfach nur umzuschichten. So einfach ist es natürlich nicht. Solche Veränderungen können nur langfristig, durch gemeinsame Werte, ein gemeinsames Engagement für die Erfüllung der Bedürfnisse aller Bürger und ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl zu der Gemeinschaft, die diese Bedürfnisse erfüllen kann, erreicht werden.

Das multinationale, multikulturelle Großbritannien

Ein multinationaler Staat war Großbritannien schon immer. Heute ist es auch ein multikultureller Staat. Multikulturalismus ist keine Ideologie, wie manche hartnäckig behaupten, sondern eine Tatsache, und zwar noch nicht einmal eine neue. Es liegt in unserer Geschichte als nach außen orientiertes, Handel treibendes Inselvolk begründet, dass wir stets neuen Einflüssen aus anderen Völkern und Kulturen ausgesetzt waren. Über Hunderte von Jahren sind immer neue Ströme von Einwanderern nach Großbritannien gekommen, und alle haben ihre eigene Kultur mitgebracht.

Es ist auch nichts Neues, dass Einwandererkulturen den Bewohnern des Gastlandes isoliert und abgeschottet erscheinen. Die Sorge im Zusammenhang mit ihrer Isoliertheit ist nicht neu, und es wird auch nichts Neues an der Art und Weise sein, wie die jüngste Welle von Einwanderern, die in den letzten fünfzig Jahren hier angekommen ist, mit der Zeit hier Wurzeln schlagen und sich anpassen wird. Wer sich heute über den Einfluss von Neuankömmlingen fremder Kulturen innerhalb der letzten Jahrzehnte aufregt, übersieht leicht, wie fremd die Hugenotten im siebzehnten Jahrhundert im Londoner Stadtteil Spitalfields

oder die Iren und Juden im neunzehnten Jahrhundert im East End gewirkt haben müssen. Zudem waren die Briten von damals weit weniger bereit, sich neuen und fremden Einflüssen zu öffnen als die Briten von heute, die viel weiter gereist sind und dem Rest der Welt auch dank des Fernsehens viel offener und bewusster gegenüberstehen. Man kann kaum behaupten, diese Einwanderer hätten das Land nicht bereichert, und es gibt auch keinen Grund, anzunehmen, die heutigen Einwanderer würden dieser großartigen britischen Tradition nicht folgen.

Das soll nicht heißen, dass Einwanderung keine politischen und kulturellen Herausforderungen mit sich bringt. Das kann durchaus so sein, und multinationale, multikulturelle Staaten müssen dann Wege finden, um die Bedürfnisse der verschiedenen politischen Gemeinschaften in ihrer Mitte unter einen Hut zu bringen.

Es kann immer wieder vorkommen, dass sich Angehörige von Minderheiten angreifbar fühlen; bei schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen werden sie auch leicht zu Zielscheiben für die gesellschaftliche Mehrheit, die ihre Unzufriedenheit mit den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen dann an ihnen auslässt. Es kann nicht einfach darauf vertraut werden, dass sich solche Probleme mit der Zeit von selbst lösen. Vielmehr hat jede Regierung die Pflicht, alle ihre Bürger nicht nur vor Gewalt, sondern auch vor Diskriminierung zu schützen. Dieses Prinzip der Gleichstellung bildet den Kern des Bürger- und Gemeinschaftsprinzips.

Das Prinzip der Gleichstellung am Arbeitsplatz, bei Wahlen und vor dem Gesetz ist offensichtlich. Die kulturellen Herausforderungen können jedoch komplexer sein, denn wann sollte der Staat darauf bestehen, dass jeder Bürger sich zu den gemeinsamen Werten bekennt, und wann sollte er die unvermeidlichen Unterschiede akzeptieren, ja sogar hochhalten?

In der Theorie gibt es zwei diametral entgegengesetzte Ansätze: Entweder existieren mehrere unterschiedliche, hermetisch abgegrenzte und stark auf sich bezogene Gemeinschaften, die nur unter dem weiten Dach der vom Staat bereitgestellten inne-

ren und äußeren Sicherheitspolitik zusammengefasst sind, oder, um ins andere Extrem zu fallen, Staaten konstruieren sich als Schmelztiegel, ideal verkörpert durch den romantisch verklärten Mythos USA, in dem alle kulturellen und herkunftsbezogenen Besonderheiten zu einer einzigen nationalen Kultur verschmolzen werden. In der Praxis suchen Staaten schließlich immer nach einem Mittelweg zwischen diesen beiden Extrempolen. Teilweise wird die Auffassung vertreten, dass man, statt durch vorgegebene Lösungen die Reibungspunkte zu betonen, diese lieber nicht anrühren sollte, damit sie sich auf klassisch britische Art in einer Reihe fallbezogenen Kompromisslösungen von selbst lösen.

In der Regel haben diese Fragen keine politische Bedeutung. Das muss jedoch nicht immer so sein, deshalb muss es auch einen Plan zu ihrer Lösung geben. Ohne einen solchen stolpert man nur durch den Nebel des Relativismus, und, wo dieser holprige Pfad auch enden mag, die Politiker scheitern dann an zwei der wichtigsten Prüfungen in einer Demokratie: den Kontakt mit ihren Wählern herzustellen und deren Erwartungen gerecht zu werden. Von solchem Versagen nähren sich antidemokratische, populistische und demagogische Strömungen. Um dem vorzubeugen, sollte jeder einzelne Bürger genau wissen, was er von der Gesellschaft und vom Staat zu erwarten hat und was im Gegenzug von ihm und seinen Mitbürgern erwartet wird. Es muss eine Kultur der Rechte und Pflichten geben, der sich alle verpflichtet fühlen und die politische und kulturelle Klüfte überbrücken kann. Denn nur auf der Basis einer solchen Kultur kann sich Vielfalt entwickeln, was auch zugelassen, ja gefördert werden sollte.

Die Art der Umsetzung ist hierbei ebenso wichtig wie die Umsetzung selbst. In dem heute vorherrschenden politischen Klima, in dem eine gewisse Tendenz zur Verfehlung von Muslimen auszumachen ist, muss sehr darauf geachtet werden, dass das Bedürfnis nach gemeinsamen Werten und Verhaltensmustern, die uns als Nation zusammenhalten, nicht als Ablehnung der Vielfalt missverstanden werden. Die Förderung der Sprachkompetenz im Englischen ist eine vernünftige Maßnahme, um gesellschaftliche und wirtschaftliche Einglie-

derung voranzubringen und allen Menschen in Großbritannien gleiche Chancen zu verschaffen, denn ohne diese Sprachkompetenz kann man nicht in vollem Umfang am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Großbritannien teilnehmen. Wenn ein Einwanderer fließend Englisch spricht, kann das sein Einkommen um 17% erhöhen. Das schließt keinesfalls aus, dass daneben auch andere Sprachen und Kulturen gedeihen, denn das tun sie durchaus.

Großbritannien muss diesen Ausgleich zwischen Konformität und Vielfalt nicht neu erfinden, er ist bereits im Menschenrechtsgesetz festgeschrieben. Dieses gründlich durchdachte, wichtige Gesetz schreibt einerseits Grundrechte und -Freiheiten als Voraussetzung für die Entfaltung von Unterschieden fest und stellt andererseits sicher, dass diese Unterschiede sich nur in Übereinstimmung mit den Menschenrechten entfalten können.

Trotzdem stellen uns die Veränderungen in den Einwanderungsbewegungen vor neue Herausforderungen. Die früheren Einwanderungswellen führten bei den Einwanderern unweigerlich zu einer engen Bindung an das Gastland, denn die Kosten und Mühen der weiten Reise führten dazu, dass man mit der Absicht einwanderte, sich tatsächlich auch niederzulassen. Und die schlechte Zugänglichkeit der Kultur des Herkunftslandes förderte die Eingliederung und Anpassung an die Kultur des Gastlandes. Billige Flüge, Satellitenfernsehen und das Internet haben diese Dynamik stark verändert, und zwar an beiden Enden der Wirtschaftsskala. Der reiche Banker von der Wharton Business School und der Flaschenreiniger aus Warschau – beide fallen sie unter die neue Kategorie des mobilen Migranten. US-amerikanischen Studien zufolge haben unter den Einwanderern dreimal so viele eine Universitätsausbildung wie unter der einheimischen Bevölkerung, und ebenfalls dreimal so viele unter den Einwanderern wie unter der einheimischen Bevölkerung haben weniger als neun Jahre die Schule besucht.

Die Globalisierung verändert die Migration, macht sie komplexer und lässt sie schneller auf kurzfristige wirtschaftliche Veränderungen reagieren. Es handelt sich hierbei nicht mehr um langfristige Strömungs-

bewegungen von den ärmsten in die reichsten Länder. In den neunziger Jahren erlebte Asien, wie auch Europa und Amerika, Einwanderungswellen, die dem wirtschaftlichen Wachstum folgten. Man schätzt, dass die Hälfte der Zuwachses an weniger qualifizierten Arbeitskräften in Malaysia und ein Drittel dieses Zuwachses in Thailand auf den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte zurückzuführen ist.

Die Auswirkungen derartiger Entwicklungen sollten jedoch nicht übertrieben werden. Eine größere Mobilität macht es sowohl leichter, irgendwo hin zu kommen, als auch wieder von dort wegzugehen. Mit der Zeit werden sich die Volkswirtschaften durch die Globalisierung einander annähern und damit weniger Grund zur Auswanderung bieten, während Arbeitsmigranten mehr Anreize erfahren werden, in ihr Ursprungsland zurückzukehren. Man geht davon aus, dass sogar schon im frühen 20. Jahrhundert schätzungsweise 25-30% der Einwanderer schließlich in ihr Heimatland zurückkehrten.

Zudem fördert jeder längere Aufenthalt in einem anderen Land die Integration. Wenn junge Menschen zusammen die Schule besuchen, schließen sie schnell Freundschaften, und einige werden später Kinder zusammen haben, was die mächtigste Kraft zur Integration überhaupt darstellt. In Großbritannien bilden Kinder aus Mischehen die am schnellsten wachsende ethnische Gruppe. Bei 40% der Kinder mit einem schwarzen Elternteil ist der andere Elternteil weiß, Tendenz steigend.

Es gibt jedoch viele weitere Probleme, die angegangen werden müssen, und die Regeln der Gesellschaft müssen an diese neuen Umstände angepasst werden. Es geht hierbei meist mehr um kulturelle als um wirtschaftliche Fragen. Die volkswirtschaftlichen Zahlen sind noch unvollständig, scheinen aber zu belegen, dass Einwanderung unter dem Strich von Vorteil ist. Die Wahrnehmungen können hier jedoch auseinander gehen.

Derzeit ist es möglich, auf unbegrenzte Zeit in Großbritannien zu leben, ohne Staatsbürger zu werden. Vielleicht ist es jetzt an der Zeit, dieses Konzept zu überprüfen und eine Regelung einzuführen, nach der zum

Beispiel jeder, der mehr als fünfzehn Jahre hier gearbeitet hat, sich um die Staatsbürgerschaft bewerben muss. Das hätte vor allem symbolische Bedeutung, denn es würde wohl kaum jemand davon abgehalten, lediglich aus wirtschaftlichen Gründen in Großbritannien Arbeit zu suchen, und die meisten, die länger bleiben wollen, hätten wahrscheinlich sowieso nichts dagegen, Staatsbürger zu werden.

Es gibt zudem gute Argumente für die Weiterentwicklung eines schlüssigeren und transparenteren Systems zur Einwanderungskontrolle. Noch wird vor allem die Notwendigkeit gesehen, die Menschen fernzuhalten, obwohl die Fakten darauf hindeuten, dass eine Rückkehr der Einwanderer umso unwahrscheinlicher wird, je schärfer die Kontrollen empfunden werden. Schätzungen im Rahmen einer Studie zeigen, dass die Kosten für einen illegalen Grenzübertritt um das Dreifache stiegen, nachdem die USA ihre Kontrollen verschärft hatten, und zugleich die Anzahl der mexikanischen Einwanderer, die nach zwei Jahren nach Hause zurückkehrten, von 50% auf 38% sank. Aufmerksamkeit sollte außerdem auch der Entwicklung einer bilateralen oder sogar multilateralen Einwanderungspolitik in Zusammenarbeit mit anderen Ländern geschenkt werden.

Auch die Zentralregierungen müssen den neuen Anforderungen, die durch die neuen Migrationsmuster entstehen, mehr Aufmerksamkeit widmen. Oft fallen nämlich die durch Einwanderer generierten Steuereinnahmen an die nationale Regierung, während erhöhte öffentliche Ausgaben für Unterbringung und Ausbildung zu Lasten der Kommunen gehen. Die Regierung braucht dann unter Umständen lange, um effektiv auf diese neuen Belastungen zu reagieren. Die durch die Globalisierung bedingte größere Freizügigkeit der Arbeitskraft erfordert, wie auch in anderen Bereichen, seitens der einzelnen Regierungen eine größere Sensibilität Veränderungen gegenüber und schnelleres, flexibleres Reagieren.

Die Liberalisierung ist vielleicht kein gängiger Ansatz zur Bewältigung der durch die neuen Entwicklungen bei den Migrationsbewegungen entstandenen Schwierigkeiten, eine geschlossene nationale Identität

zu finden. In vielerlei Hinsicht bietet sie jedoch die besten Aussichten für die Schaffung jener Freiräume, die zur erfolgreichen Eingliederung und Integration nötig sind. Politisch kann das jedoch nur funktionieren, wenn es von neuen Maßnahmen zur Bestätigung und Förderung nationaler Identität begleitet wird.

Aufgaben für die Politik

Trotz der Wichtigkeit der nationalen Identität sollten Politiker sich davor hüten, sie durch von oben auferlegte Konzepte steuern zu wollen. Zum Beispiel würde die Art, wie der britische Premierminister Disraeli Ende des neunzehnten Jahrhunderts daran ging, in den Briten ein neues Bewusstsein für ihr Empire zu wecken, in unserer heutigen, offeneren und durchlässigeren Welt weder funktionieren noch annehmbar sein. Heute haben Politiker die Aufgabe, Raum für die Entwicklung und den Ausdruck einer nationalen Identität zu schaffen.

Und, um ein anderes Beispiel zu nennen: viele britische Ministerien, etwa das Innenministerium, das Ministerium für Bildung und Ausbildung, das Ministerium für Kultur, Medien und Sport, das Ministerium für Umwelt, Ernährung und ländliche Angelegenheiten, das Büro des Stellvertretenden Premierministers, das Ministerium für Verfassungsangelegenheiten, das Außenministerium und, nicht zu vergessen, der BBC – alle geben Geld für Zwecke aus, die die nationale Identität und die öffentliche Meinung darüber stark beeinflussen können. Alle diese Institutionen sollten es sich ausdrücklich zur Aufgabe machen, den Stolz auf das Land zu fördern. Es geht hierbei nicht darum, genau festzuschreiben, woraus sich dieser Stolz speisen sollte, sondern vielmehr darum, zu diesem so wichtigen Thema einen Dialog zwischen Regierung und Regierten anzustoßen. Wenn wir das versäumen, signalisieren wir damit unterschwellig einen Mangel an Stolz oder gar Beschämung hinsichtlich unserer nationalen Identität. Für solche Empfindungen besteht kein Grund und wir sollten sie auf gar keinen Fall zulassen.

In symbolischer Hinsicht können und sollten wir zudem noch mehr tun: Wir sollten, äh-

lich wie andere Länder, einen Nationalfeiertag einführen, an dem wir unsere Gemeinsamkeiten feiern können. Das Ministerium für Kultur, Medien und Sport sollte besondere Routen für Wanderer, Fahrradfahrer und Autofahrer ausweisen, auf denen man die historisch bedeutenden Orte Großbritanniens erwandern und erfahren kann.

Und bei der Ehrung verdienter Bürger sollten in Zukunft Verdienste eine größere Rolle spielen als Status, denn es befördert nicht gerade den Sinn für Moral und Gemeinschaft, wenn Menschen, die einfach nur viel Geld verdient und dieses Geld einer Partei gespendet haben, höher geehrt werden als Menschen, die ihr Leben als Krankenschwester oder Lehrer dem selbstlosen Dienst an der Gemeinschaft gewidmet haben.

Im Zentrum unserer Kultur steht unser Bildungssystem, und auch hier können wir noch mehr dafür tun, dass angemessener Raum für die Stärkung der nationalen Identität zur Verfügung steht. Die Seditimente, die die Geschichte hinterlassen hat, bilden das Fundament unserer heutigen Welt, und bisher haben wir in unserem Bildungssystem der Rolle der Geschichte nicht die gebührende Aufmerksamkeit zukommen lassen. Geschichte ist ein Fach, das zur Ausbildung wichtiger geistiger Fähigkeiten und Fertigkeiten beiträgt. Sie ist jedoch noch weit mehr: Sie ermöglicht uns ein grundlegendes Verständnis unserer Identität als Nation, und wir sollten die Erkenntnis des Wertes einer solchen Identität systematischer in unser Bildungssystem integrieren.

Großbritannien in der Welt

Historisch gesehen wurde nationale Identität immer durch die Abgrenzung gegenüber anderen definiert. Es waren Kriege und Rivalitäten zwischen den Völkern, die deren Nationalbewusstsein und Sinn für die eigene, besondere Identität hervorbrachten. Heute jedoch, wo es äußerst unwahrscheinlich ist, dass wir als Land in einem konventionellen Krieg zwischen Nationalstaaten verwickelt werden, sollte unsere Beziehung zum Rest der Welt nicht länger der Prüfstein für unser Selbstgefühl sein. Das heißt nicht, dass unser Gefühl für un-

seren Platz in der Welt nicht wichtig für unsere nationale Identität ist – ganz im Gegenteil. Der Wert, den wir unserer ganz eigenen Identität zuschreiben, sollte uns jedoch nicht dazu verleiten, in ein ängstliches Inseldenken abzugleiten. Wir haben es gar nicht nötig, ein Gefühl für unsere Identität von der Bedrohung durch Fremde abzuleiten; wir sollten uns im Gegenteil mittels eines festen Vertrauens in unsere eigene Identität in die Lage versetzen, uns nach außen zu wenden, uns im Rahmen der multilateralen Institutionen, die all dies absichern, aktiv und wirkungsvoll am Weltgeschehen zu beteiligen, britische Interessen zu vertreten sowie Handel und nachbarschaftliche Beziehungen mit unseren Partnern zu pflegen.

Unser Gefühl für unsere Verortung in der Welt wird nicht nur durch unsere Beziehung zur Europäischen Union bestimmt, so wichtig sie auch sein mag, sondern auch dadurch, wie wir unsere Stellung zwischen Europa und den USA sehen. Kein anderer europäischer Staat hat so enge kulturelle und geschichtliche Bindungen zu den Vereinigten Staaten wie wir, und das bringt uns in eine einmalige Position.

Alle Nationen brauchen – und besitzen – ein Gefühl dafür, was sie zu etwas Besonderem in der Welt macht. Fast hundert Jahre lang hat Großbritannien dieses Gefühl aus seinem Empire bezogen. In den vergangenen fünfzig Jahren ist die Situation komplizierter geworden. Das imperiale Erbe ist noch in den Überbleibseln des Status als Großmacht spürbar, dem „Kämpfen in einer zu hohen Gewichtsklasse“ wie es das Außenministerium gerne nennt, dem Status einer Atommacht mit Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Gleichzeitig sind wir uns aber auch in steigendem Maße unserer Bestimmung als europäische Macht bewusst geworden, die Einfluss und Interessen auf multilaterale Weise durch die Europäische Union durchsetzt. Gleichzeitig bleiben auch unsere kulturellen und historischen Verbindungen zu den Vereinigten Staaten bestehen. Und all das ist in ständigem Wandel begriffen. Die Vereinten Nationen haben heute fast viermal so viele Mitgliedstaaten wie bei ihrer Gründung. Das Experiment der europäischen Integration ist eindeutig ein Erfolg, wenn auch mit einigen Mängeln, und hat bereits mehrere Inkarna-

tionen durchlaufen. Und trotz all des ständig wechselnden Drucks besteht die besondere Beziehung zu den Vereinigten Staaten weiter fort.

Wo soll Großbritannien seine Position in diesem komplizierten Beziehungsgeflecht verorten? Als eine wichtige Macht in Europa, einer der drei oder vier Großen dort? Als Juniorpartner der USA bei der Verbreitung des angelsächsischen Marktliberalismus? Oder irgendwo dazwischen, als Brücke über den Atlantik zwischen Europa und den USA, die einerseits ihre europäische Bestimmung und andererseits ihre starke Bindung an die USA akzeptiert?

Auf vielen Gebieten muss man sich gar nicht entscheiden, denn sowohl Europa als auch die Vereinigten Staaten haben ein demokratisches System und viele gemeinsame Werte und Interessen.

Auf einigen Gebieten jedoch vertreten Europa und die Vereinigten Staaten gelegentlich unterschiedliche Ansätze und Interessen. Wo wir uns in emotionaler und kultureller Hinsicht verorten, schlägt sich grundsätzlich in unserem Selbstbild als Nation nieder. Und diese Frage stellt sich immer

wieder aufs Neue – bei der EU-Politik und der Euro-Debatte, bei der Politik im Nahen Osten und der Irak-Frage, beim Handel und den Landwirtschaftssubventionen, beim Kampf gegen den Terrorismus und bei der Politik gegenüber den Entwicklungsländern.

Die Interessen unseres Landes werden immer der entscheidende Faktor bei der Bestimmung unserer Stellung in der Welt bleiben – ein Großteil der Debatte ist natürlich von solchen Interessen bestimmt – aber die emotionale Komponente richtet sich danach, ob wir uns als Nation eher im europäischen, im amerikanischen oder in beiden Kontexten verorten.

Jetzt, da Europa im Wandel begriffen ist und immer mehr verschiedene Völker und Kulturen mit einschließt, wird diese Debatte noch komplexer: Es geht nicht länger nur darum, wie Großbritannien seine Stellung zwischen Europa und den USA definiert, sondern auch darum, zu welcher Art Europa wir gehören wollen. Und welche Haltung die Menschen in diesen Debatten einnehmen, wird von ihrer Ansicht darüber bestimmt, was für ein Land wir ihrer Meinung nach sind bzw. sein sollten.

Blickpunkt Großbritannien

Die letzten Veröffentlichungen der FES London können wir Ihnen auch gerne auf Nachfrage hin zusenden. Bitte kontaktieren Sie bezüglich Bestellungen das Londoner Büro über die Kontaktseite der website www.feslondon.org.uk

Der Boykott von Peugeot

Lajos Kessler

Als Reaktion auf die Anfang 2006 verkündete Schließung des Peugeot Werkes in Ryton, Großbritannien, und Verlegung der Produktion nach Osteuropa versuchten die zwei wichtigsten Gewerkschaften des Ryton-Werkes einen Boykotts der Firma Peugeot in Großbritannien zu organisieren. Lajos Kessler faßt interessante Lehren dieser Kampagne zusammen – nicht nur für die britischen Gewerkschaften, sondern auch für die anderer Länder, die innovative Formen des Arbeitskampfs in Betracht ziehen.

Gordon Brown – ein heimlicher Europäer?

<http://www.feslondon.org.uk/documents/BrownderEuropaer.pdf>

Ernst Hillebrand

Im Lauf des ersten Halbjahres 2007 wird der bisherige Finanzminister Gordon Brown das Amt des britischen Premierministers übernehmen. Brown gilt in der Öffentlichkeit als Euroskeptiker, der für die EU und ihre Institutionen nur wenig Sympathie hegt und dessen politisches und intellektuelles Interesse weit mehr den USA gilt. Aber ist dieses Bild richtig?

Der Nationalstaat und die Linke

<http://www.feslondon.org.uk/documents/DerNationalstaatunddieLinke.pdf>

David Goodhart

Nicht nur in Deutschland diskutiert man über einen neuen Patriotismus. Auch in Großbritannien sind eine Stärkung von nationaler Identität und die Bewahrung des Nationalstaats notwendig, so David Goodhart, Herausgeber von "Prospect", um die Herausforderungen von Zuwanderung und gesellschaftlichen und kulturellen Wandel zu bewältigen.

Gordons Welt

<http://feslondon.org.uk/documents/GordonsWelt.pdf>

David Mephram

Der vorliegende Artikel aus der Feder David Mephams, des stellvertretenden Direktors des Labour-nahen Think tanks ippr, versucht die Konturen der Außenpolitik eines zukünftigen Premiers Brown zu bestimmen. Der Artikel ist ursprünglich in der Ausgabe des britischen Monatsmagazins "Prospect" erschienen.

Dicke Luft in Londonistan

Ernst Hillebrand

<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/london/03686.pdf>

Im Verhältnis zu seinen muslimischen Einwanderern ist Großbritanniens Multikulturalismus weitgehend gescheitert. Nur das linke Establishment will dies immer noch nicht wahrhaben

--